

„Einwanderung ist kein Allheilmittel für gesellschaftliche Probleme“

Der Migrationsforscher Klaus Bade fordert ein Bundesamt für Migration -

„Deutsche stehen mit Identitätsproblemen nicht allein“ -

Fehler bei Anwerbung von Gastarbeitern

Berlin - Der Migrationsforscher Klaus J. Bade fordert die Politik auf, endlich das überfällige Einwanderungsgesetz zu schaffen. Denn seiner Ansicht nach ist Deutschland längst ein Einwanderungsland. Mit Bade sprachen Andrea Seibel und Dorothea Siems.

DIE WELT: *Deutschlands Politiker streiten derzeit über den Satz: „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein.“ Fördern die Schwierigkeiten der Deutschen, eine positive Identität zu sich und ihrem Land zu finden, die Angst beim Thema „Einwanderung“?*

Klaus Bade: Dauerhafte und starke Einwanderungen werfen oft Identitätsprobleme auf. Da stehen die Deutschen nicht allein. Aber sie haben aus historischen Gründen eine prekäre Selbstbeschreibung. Das macht es mental nicht eben leicht, die nötigen Spielregeln für Einwanderung und Eingliederung zu formulieren.

DIE WELT: *Migrationsforschung ist ein schweres Geschäft. Die aktuelle Migrationsdebatte ist, wie Sie einmal geschrieben, eine „Umwälzanlage für abgestandene Argumente“.*

Bade: Seit den achtziger Jahren gibt es in der Migrationsdebatte kein einziges neues Argument. Aber Victor Hugo hat einmal gesagt: „Es gibt nichts wirkungsmächtigeres als eine Idee, deren Zeit gekommen ist.“ Früher haben wir gegen Windmühlen gekämpft, heute genügen ein paar Zeitungsartikel, und es bewegt sich etwas. Ein früherer hochrangiger Ministerialbeamter in Bonn hat mir vor einigen Jahren einmal sinngemäß er-

klärt: „Wir haben in den achtziger Jahren alles verhindert, was Sie und andere damals im Blick auf die angebliche Entwicklung zum Einwanderungsland gesagt und gefordert haben.“ Da fragte ich ihn: „Und wer hatte damals Recht, Sie oder wir?“ „Rückblickend betrachtet, Sie“, sagte er. „Aber das konnten Sie doch damals nicht wissen.“

DIE WELT: *Ist die Bundesrepublik wirklich schon ein Einwanderungsland?*

Bade: Zweifelsohne. Wir sind auf dem Weg von einem informellen zu einem formellen Einwanderungsland in drei Schritten: 1990 kam die Reform des Ausländerrechts mit den Einbürgerungserleichterungen, 2000 folgte die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Jetzt brauchen wir noch Einwanderungsgesetzgebung und Einwanderungspolitik mit entsprechenden Institutionen. Dann sind wir angekommen.

DIE WELT: *An welche Institutionen denken Sie dabei?*

Bade: Vor allem an ein Bundesamt für Migration und Integration. Das Beauftragtenwesen war ja nur eine Verlegenheitslösung, eine pragmatische Improvisation aus der Zeit des Kleinhaltens und Kleinredens des großen Themas. Das muss endlich unter einem Dach vereint werden.

DIE WELT: *Was soll ein solches Amt leisten?*

Bade: Es geht um eine doppelte Koordination: Horizontal zwischen dem, was heute auf die Beauftragten für Ausländer, Aussiedler und für die Anerkennung ausländischer

Flüchtlinge verteilt ist, sowie zwischen den verschiedenen Ressorts, die mit dem Thema zu tun haben, das ja zum Teil eine Querschnittsaufgabe ist. Und vertikal zwischen einer europäischen Migrationsinstitution und entsprechenden Institutionen auf Landesebene, wie zum



Klaus Bade

Beispiel dem NRW-Landeszentrum für Zuwanderung in Solingen. Daneben muss es ein Bundesforschungsinstitut geben. Es muss kontinuierlich die Entwicklung verfolgen, Konzepte auf ihre Praxisfähigkeit hin prüfen und regelmäßig Bericht erstatten.

DIE WELT: *Was würde sich dadurch qualitativ ändern? In der Wirtschaft herrscht ja die Meinung vor, wir könnten uns die Einwanderer einfach aussuchen.*

Bade: Das können wir nicht. Viele Eintrittskarten sind schon vergeben durch höheres Recht oder selbst auferlegte Verpflichtungen. In Deutschland zum Beispiel durch Familiennachzug, Aussiedler und Asyl, alles in allem 200 000 bis

250 000 Menschen im Jahr. Die Steuerungschancen sollte man also nicht überschätzen. Man muss von dem deutschen Legalismus und Etatismus herunterkommen. Viele denken, jetzt wird ruckzuck ein Einwanderungsgesetz gemacht, dann hört die illegale Einwanderung auf und wir bekommen ideale Einwanderungsverhältnisse, eine Art Migrationsparadies auf Knopfdruck sozusagen. In den Achtzigern haben wir gegen defensive Erkenntnisverweigerung gekämpft und um eine gewisse Annäherung an die gesellschaftliche Realität. Inzwischen hat sich herumgesprochen, dass Einwanderung auch positive Seiten hat, und nun mehren sich die Stimmen, die glauben, Einwanderung sei ein Allheilmittel für gesellschaftliche Probleme.

DIE WELT: *Wie hoch wäre zu den von Ihnen erwähnten fixen Zahlen die übrige Steuerungs menge?*

Bade: Es gibt zum Beispiel momentan ein meines Erachtens passables Modell, das insgesamt etwa bei 300 000 plus bleibt, davon circa 100 000 Steuerungs menge. Herr Schwarz-Schilling sprach unlängst sogar von insgesamt 700 000 bis 800 000, was ich aber nicht für machbar halte.

DIE WELT: *Unsere Gesellschaft überaltert. Kann man aber Gesellschaft wie ein Gefäß betrachten, das von außen aufgefüllt gehört?*

Bade: Nein, es geht weniger um die Menge als um das Profil der Zuwanderung. „Migrationspolitik pur“ geht sowieso nicht. Zu den anstrengendsten Aufgaben aller Zuwanderungskommissionen gehört die Ein-

sicht in die Tatsache, dass alles mit allem zusammenhängt. Das reicht von der Wirtschaftspolitik über die Sozialpolitik bis in die Kulturpolitik und in viele andere Bereiche hinein. Hinzu kommen einige simple Einsichten: Wir müssen weg von den absurden Gedanken an generative Einsatzreserven im Ausland, die man einfliegen kann, damit sie sich dann hier ersatzweise fleißig vermehren. Erstens werden Einwanderbevölkerungen auch älter und zweitens passen sie sich nach kurzer Zeit dem Geburtenverhalten der Aufnahmegesellschaft an. Man müsste, um die gegenwärtige Altersstruktur in der Bundesrepublik einzufrieren, für lange Zeit jährlich rund zwei Millionen Einwanderer holen. Die Kehrseite von Migrationspolitik heißt schließlich Integrationspolitik. Und da haben wir ohnehin schon manches versäumt.

DIE WELT: *Warum war diese Strategie falsch?*

Bade: Bei der Anwerbung von „Gastarbeitern“ wurden seit Mitte der fünfziger Jahre viele Menschen gezielt für die untersten Ebenen des Arbeitsmarktes angeworben. Genau zu der Zeit, als sich eine dauerhafte Einwanderungssituation herausbildete, sind viele dieser Arbeitsplätze dem Strukturwandel zum Opfer gefallen oder wurden wegrationalisiert. Da wäre mehr Integrationspolitik mit Umschulungen, Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Einwanderer angesagt gewesen.

DIE WELT: *Wie kann man die Integration fördern? Und ist sie von den Migranten überhaupt erwünscht? Bei einem Blick auf das Kreuzberger*

Getto hat man nicht den Eindruck.

Bade: Ich warne davor, von „Gettos“ zu sprechen. Für mich sind das städtische Siedlungskolonien. Die sind immer auch Antworten auf kulturelle Unterschiede, Abwehrlösungen oder Anpassungsdruck der Aufnahmegesellschaft.

DIE WELT: *Viele Menschen hier zu Lande können sich dies nicht vorstellen, ja wollen es auch nicht.*

Bade: Es wird vielfach noch nicht erkannt, dass Einwanderung ein beidseitiger Anpassungsprozess ist. Deshalb würde ich auch nicht nur von „Integration der Einwanderer“ reden, sondern auch von einer „Integration zwischen Aufnahme- und Einwanderergesellschaft“. Das ändert aber nichts daran, dass die Anpassungsleistung der Einwanderer immer unvergleichbar höher ist.

DIE WELT: *Heißt das, dass sich über kurz oder lang die Länder einander angleichen und die kulturellen Unterschiede verschwinden?*

Bade: Nichts wird in Europa so bleiben, wie es einmal war. Die Berge bleiben an der gleichen Stelle, die Flüsse in denselben Läufen, aber kulturell wird sich vieles von Grunde auf ändern.

DIE WELT: *Ist es also letztlich egal, woher Migranten stammen?*

Bade: Viele von uns reagieren immer noch auf die „Sichtbarkeit“ des Fremden. Dahinter steckt oft ein latenter Eurorassismus, der Distanz schafft und Skepsis. Das wird sich ändern müssen. Denn Kultur ist kein Zustand, sondern ein Prozess, in dem jede Zeit ihre eigene Form gewinnt. Wenn man

das verstanden hat, weiß man, dass es keinen Zweck hat, sich dem Wandel zu verschließen.

DIE WELT: *Nochmals eingehakt. Ist dies nicht eine zu ökonomistische und mechanistische Sicht auf gewachsene Organismen wie etwa die deutsche Gesellschaft?*

Bade: Die ist doch gar nicht „organisch“ gewachsen. Die ist doch nach 1945 im Rahmen des Möglichen ganz bewusst geschaffen worden und zwar im Gegenentwurf gegen vieles, das angeblich „organisch“ gewachsen war und dann im Orkus der NS-Zeit endete.

DIE WELT: *Sie haben eben gesagt, Migration sei kein „Allheilmittel für gesellschaftliche Probleme“. Wie schätzen Sie den Stellenwert von Migration ein?*

Bade: Es geht um eine vernünftige Vermittlung zwischen geregelter Zuwanderung von außen und Reformen im Innern. Dazu gehört die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die Erhöhung der Rentenbeiträge trotz Senkung des Rentenniveaus. Dazu gehören Umschulungen, Fortbildungen und Beschäftigungspolitik. Und dazu gehört eine Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit, verbunden mit Frauenförderung, Verbesserungen in der Familienpolitik und bei Ganztagschulen und Kindergärten. Zuwanderung kann nur Hilfestellung bei der Abfederung der sozialpolitischen Folgen von Bevölkerungsrückgang sein. Ein Ersatz für Reformen ist sie nicht.